

# Dresdner Volkszeitung

Volksredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werkstätige Volk**

Verkaufsstelle: Gebr. Arnhold, Dresden  
und alle Buchhandlungen

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verkaufspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen  
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Voll“ für einen halben Monat 1 M.  
Eingelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

**Schreibleitung:** Wetzlarweg 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde von wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wetzlarweg 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von (inkl.) 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

**Anzeigenpreis.** Grundpreise: die 29 mm breite Nonparelzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen. Stellen- und Mietangebote  
40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferungen 10 Pf.

Nr. 105

Dresden, Freitag den 7. Mai 1926

37. Jahrg.

## Das Kampffeld ist frei!

### Nun spricht das Volk!

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:  
Die letzten parlamentarischen Kämpfe, die von den bürgerlichen Reichstagsfraktionen gegen den Volksentscheid aufzubauen versucht wurden, sind gescheitert. Das Kampffeld ist frei. In kaum mehr als einem Monat wird das Volk sein Urteil über die Klärten von einst zu fällen haben. Sein Reichspräsident, sein Reichskanzler, sein Reichstag kann nun den Volksentscheid aushalten. Die Waffen selbst, und sie allein, werden es sein und ihr Schicksal bestimmen.

Dieser Donnerstag brachte ein letztes zerfahrenes parlamentarisches Zwischenstück, würdig der kläglichen Komödie, die Reichsparteien und Mittelblock seit Monaten im Reichsausschuß aufgeführt haben. Dann die letzten, die allerletzten parlamentarischen Abstimmungen. Die bürgerlichen fringierten ihre kümmerlichen Verstandeskräfte an, um die Abstimmungen im Lande irrezuführen. Sie verlangten namentlich Abstimmung über ihren Gesetzentwurf: „Enteignung des Vermögens der Bank- und Börsenbanken und anderer Volkspartikeln.“ Aber sie brachten nicht einmal die 50 Abgeordneten auf, die zum Zustandekommen der namentlichen Abstimmung notwendig sind. Nun werden sie unter Heilrufen rufen, daß der ganze Reichstag mit Einschluß der Sozialdemokraten eine Judenstange sei. Die armen Herren! Es ist die gleiche Gesellschaft die von der Enteignung der Reichsbank mit dem Verbot abzuhelfen versucht, daß dieses Entschuldigungsrecht nur der Anfang weiterer Konfiskationen sei. Unser Programm steht die Vergeßlichkeit der allzeitigen Produktion vor. Dazu stehen wir. Wenn die bürgerlichen das Bankwesen, die Großindustrie, den Großgrundbesitz mit uns sozialisieren wollen, — dann mögen sie an unsere Seite treten. Lächerliche Gegenentwürfe oder für politische Abschüßgen sind unsere Unterstützung nicht. Klar einmal die Deutschnationalen, die es aber nicht wagen, antisemitische Konturen gegenüber den bürgerlichen gemacht hätten, erhoben sich am Donnerstag für den bürgerlichen „Gesetzentwurf“. Nur die kommunistischen Pfaffen unter großem Hallo des übrigen Hauses für den selben Ablass. Dann vertieften auch sie die bürgerlichen Freunde. Als schließlich die bürgerlichen selbst sich für die weiteren Artikel ihres eigenen Gesetzentwurfes nicht mehr erhoben, ging das ganze Dummheitengeflecht in dröhnendem Gelächter unter.

Nun folgten die entscheidenden Abstimmungen! Das Zentrumsgesetz über die Vermögensabfindung fällt mit 282 Reichstimmern gegen 105 Stimmen. Für das sozialistisch-kommunistische Gesetz des Volksbegehrens stimmen nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Ein Jähneln von sieben Aufrechten in der demokratischen Reichstagsfraktion verläßt bei der Abstimmung den Saal. Die demokratischen Abgeordneten Probst, Bergsträger, Koroll, Kemmer, Rönneburg, Schneider und Jiegler treten für die entschuldigungslose Enteignung ein. Sie wollen sich dem Fraktionszwang, der da „Nein“ diktiert, nicht fügen und bleiben demonstrativ der Abstimmung fern. Es ist das Ausfluchen einer breiteren Front für den Volksentscheid. Wir brauchen den Einbruch in die bürgerlichen Wählerheere, und er wird uns gelingen.

Stätte in der letzten Debatte, die der Abstimmung vorausgeht, nicht ein Politiker von dem Range Scheidemanns sprechen, so würde man die Aussprache kaum beachtet haben. Gegen diesen sozialdemokratischen Führer aber lüdet der ganze Haß derer um Weßbar. Kaum taucht Scheidemann auf der Rednertribüne auf, als die Deutschnationalen schon in nervöse Zustände verfallen. Beschimpfende Ironie werden gegen Scheidemann abgeschneit. Doch er den Schwarzweißklotzen nichts schuldig bleibt, weiß jeder, der ihn kennt. Er läßt Herrn Wilhelm von Doorn in hofflichen Aussprüchen zu Worte kommen. Diese Kaiserzitate sind so vernichtend, daß auf Kommando Weßbars die Deutschnationalen schamlos die Saalstufen zu gewinnen suchen. Sie rufen vor ihrem eigenen Kaiser aus:

Nach einmal ruft Scheidemann als letzter parlamentarischer Redner zur Rüstfrage die Speere und Pfeile gegen die Monarchie zusammen und streut die Spizen und bligenden Köpfe gegen den Feindbund der Monarchisten aus. In parlamentarischen Versammlungen werden seine Worte Widerhall finden.

Inmitten der Rede aber gibt es über die Rüstfrage hinaus eine politische Kampfszene. Scheidemann fordert die Interpellation zur Flagenverordnung an. Der Reichskanzlerplatz ist leer, aber der braunverleihte Reichsminister des Innern, Dr. Müß, ist anwesend und — schweigt. Mit donnernder Stimme sagt ihm Scheidemann, daß diese Interpellation nicht so nebenher behandelt werden könne und auch nicht im Sande verlaufen dürfe. Da ihrem Abschlus werden politische Entscheidungen stehen. „Einen solchen Dazwiler werden wir nicht dulden!“ ruft Scheidemann aus, und aus der Fraktion unterbricht man die Kanari: „Achtung! Achtung!“ Die Mittelparteien sind sichtbar betroffen.

Der Volksparteier Entschluß allein glänzt sich eine Erklärung abgeben zu sollen. Aber auch er sagte kein Wort zum Schme des Herrn Reichskanzlers Dr. Luthers.

Das innerpolitische Barometer ist längst von der Stala „Veränderlich“ tief hinabgefallen und nähert sich der Markierung „Sturm“. Die Deutschnationalen haben häßlich gelacht, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Abstimmung, die den Weg zum Volksentscheid freimachte, mit Provokationen begrüßte. So wohl aber ist den Herren nicht zumute, wie sie vortäuschen möchten. Der spontane Aufmarsch des republikanischen Volkes gegen die Klagenverordnung, der sich überall im Lande vollzieht, ohne daß der Ruf einer Zentrale ihn gefordert hätte, ist ein Beweis für die entschlossene und feste Stimmung der Sozialisten und Republikaner. Eine monarchistische Herausforderung jagt die andere. Die frechste aber ist die Zustimmung, daß Europa einies Volk entgegen Tugend arbeitsscheuen Fürsten, Prinzen und Prinzessinnen viele hunderte Goldmillionen zahlen soll. Das zu verhindern und damit unser Land für immer von den blutigen Gespenstern der Monarchie zu befreien, muß des republikanischen Volkes Wille sein.

### Volksentscheid Anfang Juni

Als Termin für den Volksentscheid ist im Reichsministerium des Innern einer der beiden ersten Sonntage im Juni in Aussicht genommen.

### Sozialdemokratischer Mißtrauensantrag Rücktritt der Regierung?

Berlin, 7. Mai.  
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Donnerstag abend nach einer mehrstündigen Debatte beschlossen, folgenden Mißtrauensantrag im Reichstag einzubringen:

„Der Reichstag mißbilligt die Verordnungen über das Spieren der Klagen an den Weh- und den deutschen Finanzämtern im Ausland und spricht dem Reichskanzler, der die Verordnungen verantwortliche gegengezeichnet hat, das Mißtrauen aus.“

Aus diesem Antrag ergibt sich, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, den angekündigten Kampf gegen die zweite Herausforderung bis zur letzten Konsequenz auszutreiben. Die ist der Heberzeugung, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung in diesem Kampf hinter ihr steht und sie mit allen Kräften frischen wird.

In der Abstimmung über den kommunistischen Antrag wird sich die sozialdemokratische Fraktion der Stimme enthalten.

## Es geht um die Republik!

Scheidemanns Abrechnung mit den Monarchen und den Monarchisten im Reichstage

195. Sitzung, Donnerstag, 6. Mai

Zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Enteignung der Rüstvermögen. Damit verbunden wird die Beratung des bürgerlichen Antrages über „Enteignung des Vermögens der Bank- und Börsenbanken und anderer Volkspartikeln“. Ueber die Verhandlungen des Reichsausschusses, der die Kolchierung des Entschuldigungs-Gesetzentwurfes und der dazu gestellten Anträge der Demokraten und des Zentrums empfiehlt, berichtet Hq. Rieger (D. Fr.). Es folgt:

### Abg. Scheidemann (Soz.):

Ich muß zunächst feststellen, daß die ganze höfliche Tonart von der rechten Seite in den Kampf hineingetragen worden ist. (Unruhe rechts.) Um die Rürsten herauszufischen, ist der Versuch gemacht worden, uns heranzuziehen und zu verwickeln. Die rechte Seite sollte doch endlich diese unerhörte Politik aufgeben. Wenn wir uns in gleicher Weise verhalten wollten, wie schmeit würden Sie und das ganze Kaiserreich dabei fortkommen! Wenn auch einige falsche Elemente bei uns sind, so brauchen Sie nicht die ganze Partei für sie verantwortlich machen. Weil es einige solche Elemente gibt und einige schlechte Redner, ist dann die ganze Fraktion und der ganze Reichstag in Mitleidenschaft gezogen. Ein Vorleser, eine Frau, deren Vorleser lange Zeit der Reichstags v. Kommerzienrat gewesen ist, sollte doch von der Tribüne hinweg sein! (Zehr rührt bei den Soz.) Die Vorleser eines Kaiserreichs, dessen auswärtige Politik von Herrn v. Hofmann gemacht worden ist, der sich als ein ganz gewöhnlicher Vorleser erweist, sollten über Skorpionen nicht reden. (Zehr ruft bei den Soz.) Graf Schöner hat von „in dem Raub“ gesprochen, der an den Fürsten verübt werden soll. (Müß ruft aber, daß wir

das Volk schützen wollen vor dem Raub, den die Fürsten an ihm verüben wollen.

„Erschallt links.“ Könnten Sie auch nur eines einzigen Satz von Skorpionen, wie Sie sich bei den Hohenzollern erweist hat, der Skorpionen auszuheben, wie werden Sie lächerlich! Ich erwidere nicht mit der Ausführung eines einzigen Satzes, des Kommerzienrat des sogenannten Landministers in Berlin. Der preussische Staat wird gesungen! Grundzüge im Abwehrverteil zu erhalten. Die

enthalten. Die ist zu diesem Entschluß gekommen, weil sie nicht die Absicht hat, der Reichsregierung bei der Abstimmung am Freitag durch die Ablehnung des kommunistischen Mißtrauensantrages, gegen den, mit Ausnahme der Deutschnationalen, alle bürgerlichen Parteien stimmen werden, zu einem indirekten Vertrauensvotum zu verhalten. Das Signal steht trotzdem am Sturm, der am kommenden Dienstag, bei der Beipredung der sozialdemokratischen Intervention, seinen Höhepunkt erreichen wird.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat inwieweit dem Reichskanzler mißtraut, daß sie nicht in der Lage ist, gegen einen sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zu stimmen. Die Stimmung in den Reihen der demokratischen Partei läßt erwarten, daß die Reaktion für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler stimmen wird, und damit zurück.

Das Schicksal des Kabinetts Luthers besiegelt sein. Die letzte Entscheidung über die Zukunft der Demokratie wird zu Beginn der kommenden Woche der demokratische Parteitag fällen.

Im Zentrum hat sich die Stimmung am Donnerstag ebenfalls geändert. Die Germania führt mit unerwarteter Stärke den Kampf gegen die Klagenverordnung weiter. Sie tritt sich in ihrer Laft auf die überprete Wehrheit der Zentrumstraktion, deren endgültige Entscheidung von der am Freitag tagenden Vorstandssitzung der Zentrumstraktion abhängen wird. Es ist vorläufig wenig wahrscheinlich, daß die Zentrumstraktion sich schließt für den sozialdemokratischen Antrag stimmt; aber es wird angenommen, daß ein Teil der Fraktionsmitglieder sich zu dem Mißtrauen gegen den Reichskanzler offen bekennen. In Anbetracht dessen spricht man in parlamentarischen Kreisen bereits von einem Rücktritt der Regierung nach der Vertiefung der Klagenverordnung im Reichstag, aber vor der Abstimmung über den Mißtrauensantrag.

Widlichen dürften sich nur die Sozialisten und die Zentrumspartei sowie die Wirtschaftspartei auf die Seite der Regierung stellen. Zweckhaft ist die Haltung der Deutschnationalen und der bürgerlichen, während die Kommunisten für den Mißtrauensantrag stimmen werden. Es spricht vieles dafür, daß sich die Deutschnationalen enthalten, falls sie nicht ebenfalls offen gegen Luthers Stellung nehmen.

Die Meldung einzelner Senationsblätter, daß das Reichsbanner ein Volksbegehren über die Reichsfarben einleiten will, entspricht nicht den Tatsachen. Wichtig ist, daß die Klagenverordnung der Reichsregierung in der am 14. Mai vorgelesenen Bundesauschusskommission des Reichsbanners besprochen wird.

Hohenzollern verkauften sie dem Staat für 10 Goldmillionen. Später stellte sich aber heraus, daß diese Grundstücke gar nicht den Hohenzollern, sondern dem Staat selbst gehört hatten. Alle Verträge, die gemacht worden sind, um diese 10 Millionen an den Staat zurückzuführen, sind nicht gelungen, und der Preussische Landtag, in dem die (zu den Deutschnationalen) gehörte haben, hat diese schandbare Handlung der Hohenzollern noch gutgeheißen! Es ist uns gesagt worden, wie wägen den Hohenzollern gegenüber doch auch Dankbarkeit zu bezeugen können. Ich empfehle Ihnen zur Rettung die „Hohenzollern legend“ Ihres Parteigenossen Max Wauerbrecher. Es kann noch sehr viel hinzugefügt werden, was Wauerbrecher bei der Auflösung seines Bundes noch nicht wissen konnte. (Zehr rührt bei den Soz.)

Kein Arnold Rosenfeld hat daran erinnert, wie furchtbar die Belastung der Hohenzollern mit der Schuld an dem Ausbruch des Krieges ist. Wir haben nichts von der Erklärung zu trüben können, die wir am ersten Tage des Krieges abgegeben haben. Die Alldeutsche Deutschlands am Friede lebten wir an, wir lehnen aber aus an, daß Deutschland das allein verantwortliche Land gewesen sei. Das deutsche Volk hat sicherlich nicht den Krieg gewollt. Aber wenn wir vom deutschen Volke reden, dann muß die Persönlichkeit Wilhelms II. ausdrücklich davon ausgeschlossen werden. Wenn die Frage gestellt wird, haben die damals einflussreichen Männer alles getan, um den Kriegsausbruch zu verhüten, dann lassen wir nicht an, und an der Spitze dieser Männer stand der Mann, um den es sich handelt. (Weiß ruft bei den Soz.) Die Kaiserliche Reichsversammlung, die von Rußland angesetzt worden war, um die Mittelmächte einzuwickeln und den Frieden zu führen, ist von Wilhelm II. höchst unwillig aufgenommen worden. Er hätte damals, er wolle die Konferenz zwar mitmachen.

„aber auf die Beschlußseite ist.“  
„Erschallt links.“ Diese National hat auch noch ein andere Wort gebraucht, im Sinn es hier im Reichstag nicht erwidern. Nur so viel will ich sagen, daß das Wort sich auf ruhen und keinen ruhen. (Weiß ruft links.) Das Zentrum mit Eng